

Entschließung zu Korea

IndustriALL Global Union fordert die Nationalversammlung der Republik Korea auf, ein Gesetz zur Umsetzung der ILO-Übereinkommen 87 und 98 zu verabschieden

Der Exekutivausschuss von IndustriALL Global Union hat auf seiner Tagung vom 15.-16. November 2022 in Genf die Nationalversammlung der Republik Korea einstimmig dazu aufgefordert, den Gesetzentwurf "Revision des Gesetzes über Gewerkschaften und Arbeitsbeziehungen (Trade Union and Labor Relations Adjustment Act, TULRAA)", Artikel 2 und 3 zur Gewährleistung der Arbeitnehmerrechte für alle Beschäftigten zu verabschieden, um die ILO-Übereinkommen 87 und 98 einzuhalten.

Der rechtmäßige 51-tägige Streik der Beschäftigten von Schiffbau-Subunternehmen in der Okpo-Werft in Geoje, Provinz Gyeongnam, Südkorea, der im Juni 2022 begann, machte deutlich, wie die engen Definitionen von Arbeitnehmern und Arbeitgebern in Artikel 2 des geltenden TULRAA-Gesetzes die Tarifverhandlungen untergraben. Obwohl 90% der Finanzen der Subunternehmen aus den Löhnen der Beschäftigten bestehen und diese nur durch Verhandlungen mit dem Hauptarbeitgeber sinnvoll gegen die einseitigen Lohnkürzungen von 30% und die mehrstufige Vergabe von Unteraufträgen vorgehen können, ermöglicht Artikel 2 des TULRAA-Gesetzes den Hauptarbeitgebern, sich ihrer Verantwortung zu entziehen.

Darüber hinaus entspricht Artikel 3 des TULRAA-Gesetzes nicht den durch die ILO-Übereinkommen garantierten Streikrechten, einschließlich Streiks für den sozioökonomischen Status der Beschäftigten und als Reaktion auf die Nichtumsetzung von Vereinbarungen durch die Arbeitgeber und auf andere Rechtsverstöße. Durch einen Streik kann unmöglich Druck auf den Hauptarbeitgeber ausgeübt werden, wenn dieser die Beschäftigten auf die Zahlung von Streikschäden verklagen kann, anstatt sich auf Verhandlungen einzulassen. Die 47 Milliarden KRW (ca. 35 Millionen Euro) schwere Schadenersatzklage gegen fünf Niedriglohnbeschäftigte im Schiffbau, die den Hauptarbeitgeber für die durch den Streik entstandenen Schäden entschädigen sollen, ist eine unverhohlene Vergeltungsmaßnahme für die Ausübung ihrer durch die ILO-Übereinkommen garantierten Rechte. Es handelt sich um eine unfaire Arbeitskampfmaßnahme, die sofort beendet werden sollte.

In Anbetracht der Tatsache, dass die ILO-Übereinkommen 87 und 98 in diesem Jahr in Korea in Kraft getreten sind und dass die engen Definitionen von Arbeitnehmern und Arbeitgebern in Artikel 2 des TULRAA-Gesetzes und die Einschränkungen des Streikrechts in Artikel 3 die in diesen beiden ILO-Übereinkommen vorgesehenen Garantien beeinträchtigen, muss die Nationalversammlung unbedingt den Gesetzentwurf verabschieden, um allen Arbeitnehmern - einschließlich der prekär Beschäftigten - ihr legitimes Recht auf Tarifverhandlungen mit den Arbeitgebern, einschließlich der Hauptarbeitgeber, und das Streikrecht zu garantieren, ohne dass ihnen Schadensersatzklagen und vorläufige Beschlagnahmungen drohen.

In Anbetracht der Tatsache, dass die koreanische Zivilgesellschaft, einschließlich der Gewerkschaften, am 8. November mehr als 50.000 Unterschriften gesammelt hat, um den

Gesetzentwurf der Nationalversammlung vorzulegen, und dass am 12. November 2022 rund 90.000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Seoul für die Verabschiedung dieses Gesetzes demonstriert haben, schließt sich IndustriALL Global Union hiermit den Stimmen der internationalen Gemeinschaft an, die die Nationalversammlung der Republik Korea auffordert, die Überarbeitung des TULRAA-Gesetzes unverzüglich in Kraft zu setzen. Zudem fordern wir eine umfassende Überprüfung und Überarbeitung des TULRAA-Gesetzes, um die Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus allen Bereichen der koreanischen Gesellschaft zu garantieren.

Daher ruft der Exekutivausschuss alle Mitgliedsorganisationen dazu auf:

1. Informationen über die Unterdrückung der Gewerkschaften in der koreanischen Gesellschaft zu verbreiten und aktiv nach Möglichkeiten zur Solidaritätsbildung in ihren jeweiligen Ländern zu suchen.
2. die koreanische Regierung und die Nationalversammlung aufzufordern, dafür zu sorgen, dass Leiharbeitnehmern in der koreanischen Gesellschaft eine legitime Rechtsgrundlage für Tarifverhandlungen mit dem Hauptarbeitgeber garantiert wird.
3. die koreanische Regierung und die Nationalversammlung aufzufordern, das Gewerkschaftsgesetz zügig zu überarbeiten und in Kraft zu setzen, damit keine Arbeitnehmer in der koreanischen Gesellschaft aufgrund ihrer Gewerkschaftsarbeit unterdrückt und keinen unverhältnismäßig hohen Schadensersatzforderungen ausgesetzt werden.
